

5703/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr

betreffend Maßnahmen gegen verkehrsmäßige Auswirkungen der Ost - Erweiterung

Eine Studie der Arbeiterkammer über Verkehrs- und Umweltprobleme im Zuge der Ost - Erweiterung stellt enorme Infrastrukturmängel fest und fordert die Entwicklung von Konzepten, wie der Verkehr sozial und ökologisch vertretbar geregelt werden kann. Eine Zunahme des Güterverkehrs auf 411 Milliarden Tonnenkilometer bedeutet eine Steigerung um 40 Prozent, die vor allem auf der Straße erfolgen wird. Der Verkehrsplaner Rosinak schätzt die nötigen Investitionen in den Bahninfrastrukturbereich in den Reformstaaten auf 40 Milliarden Euro, wovon die EU zwei Drittel aufbringen sollte.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

1. Auf welche verkehrspolitischen Voraussetzungen werden Sie im Rahmen der Beitrittsverhandlungen drängen?
2. Werden Sie im Rahmen der EU auf die Erstellung eines verkehrsvermeidenden Mobilitätskonzepts für die MOEL - Staaten drängen, innerhalb dessen der Gütertransport auf der Straße Nachhang gegenüber der Schiene erhält? Wenn nein, warum nicht?
3. Werden Sie innerhalb der EU auf ein Finanzpaket für die Modernisierung der Schieneninfrastruktur in den Beitrittsländern drängen? Wenn nein, warum nicht?
4. Werden Sie die Zustimmung Österreichs zur Osterweiterung mit der Einhaltung ökologischer Mindestkriterien im Verkehrsbereich in Zusammenhang bringen?
5. Wann werden Sie mit Ihrem deutschen Kollegen, der ebenfalls von vermehrtem Transitaufkommen betroffen ist, mit dem Ziel einer gemeinsamen Vorgangsweise Gespräche führen?
6. Auf welche Weise werden Sie entsprechend den EU Grün- und Weißbüchern die Frage der Kostenwahrheit im Straßenverkehr in den EU - Gremien zur Sprache bringen und vorantreiben?
7. Nachdem der Transitvertrag sowie die Ökopunkteregelung auslaufen und die Contingentierung des LKW - Verkehrs nach der Erweiterung aufgehoben wird, sind neue Regelungen österreichischerseits zur Beschränkung des Ost - West - Transits nötig. Das geplante Road - Pricing führt zur Verlagerung auf das niedrigrangige Straßennetz. Welche Maßnahmen sollen den Transitzuwachs hintanhalten?